

Ausschuß für Innere Verwaltung
50. Sitzung

01.06.1989
sr-ma

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, Staatssekretär Riotte vertrete den Innenminister, der für die heutige Sitzung entschuldigt sei.

Des weiteren informiert er den Ausschuß darüber, daß die CDU-Fraktion eine Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema "Auswirkungen der Ausschreitungen in Berlin auf die Polizeistrategie in Nordrhein-Westfalen" beantragt habe.

Abg. Paus (CDU) bittet in der Aktuellen Viertelstunde auch das Thema "Bearbeitungsstau in Beihilfesachen" zu behandeln. Nach seinen Informationen stünden derzeit beim LBV und bei den Regierungspräsidenten zwischen 4 000 und 9 000 Beihilfefälle zur Bearbeitung an; die Bearbeitungszeit solle vier bis sechs Wochen betragen.

Abg. Reinhard (SPD) fragt sich, ob es notwendig sei, daß sich der Ausschuß für Innere Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen mit Berliner Angelegenheiten beschäftige. Er könne sich nicht vorstellen, daß das Einfluß auf die nordrhein-westfälische Polizei haben könnte. Offensichtlich seien dort zwar gravierende Fehler durch die Einsatzleitung gemacht worden, die aber nach seiner Auffassung in Nordrhein-Westfalen keine Rolle spielten.

Abg. Paus (CDU) entgegnet, bekanntlich sei das Geiseldeschehen von Gladbeck sehr intensiv in der Innenministerkonferenz aufgearbeitet worden und führe zu Auswirkungen auf vergleichbare Polizeieinsätze in anderen Bundesländern. Deshalb gehe er davon aus, daß auch Vorkommnisse wie die in Berlin Veranlassung seien, erneut über Polizeieinsätze und Polizeistrategien in Nordrhein-Westfalen nachzudenken.

Der Vorsitzende hält es für müßig, jetzt ausführlich über die Zulässigkeit der Frage zu debattieren, weil er davon ausgehe, daß die CDU-Fraktion auf der Beantwortung der Frage bestehe.